

AI Index: AMR 29/33/69

Dezember 1989

amnesty international

El Salvador

Gewalt gegen kirchliche Mitarbeiter seit Verhängung des Ausnahmezustands

Übersetzung: El-Salvador-Koordinationsgruppe
Postfach 1124
7400 Tübingen

verbindlich ist die englische Originalfassung

Amnesty International ist besorgt darüber, daß in letzter Zeit Menschenrechtsverletzungen an führenden Persönlichkeiten des religiösen Lebens und kirchlichen Mitarbeitern in alarmierender Weise zugenommen haben. Seit der Intensivierung des bewaffneten Konfliktes wurden sechs jesuitische Priester unter Umständen ermordet, die eine extralegale Hinrichtung vermuten lassen. Dutzende von Mitarbeitern der Kirchen verschiedener Konfessionen sind verhaftet worden, und häufig gibt es Aussagen, deren zufolge Häftlinge mißhandelt werden. Zahlreiche Kirchen und Gebäude von religiösen Organisationen sind von Sicherheitskräften überfallen worden, und Laienmitarbeiter wie auch Kirchenangehörige haben Todesdrohungen erhalten.

Seit Beginn der Offensive der Frente Farabundo Martí de Liberación Nacional (FMLN), der Farabundi Befreiungsfront, am 11. November sind Mitarbeiter von Kirchen Hauptangriffspunkt der militärischen Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen. Im Anschluß an die Offensive verkündete Präsident Cristiani den landesweiten Ausnahmezustand und erließ eine 24stündige Ausgangssperre in Gebieten, in denen starke Zusammenstöße stattfanden. Die Streitkräfte führten Luftangriffe auf FMLN-Positionen in den Ämtern und am dichtesten besiedelten Stadtteilen von San Salvador durch, wobei sie Bomben, Raketen und Hubschraubergeschütze benutzten. Diesen Angriffen fielen tausende von Zivilisten zum Opfer.

Das militärische Durchgreifen gegen kirchliche Mitarbeiter wurde von erneuten Vorwürfen begleitet, daß diese Verbindungen zur FMLN hätten und bei der Vorbereitung der gegenwärtigen militärischen Offensive der Rebellen Hilfe geleistet hätten. Solche Vorwürfe, welche das Radio verbreitete, wurden gegen Vater Ignacio Eliacuría, Rektor der Universidad Centroamericana, und gegen andere jesuitische Priester an der UCA erhoben, wenige Tage bevor sie am 16. November durch uniformierte mutmaßliche Angehörige der Sicherheitskräfte ermordet wurde. Sicherheitskräfte der Regierung verhafteten und bedrängten auch Dutzende von kirchlichen Mitarbeitern in Kirchen, wo Menschen, welche durch den Konflikt aus ihren Häusern vertrieben worden waren, Zuflucht und gesundheitliche Versorgung geboten wurde.

Die Kirche ist bereits seit langem Ziel militärischer Repressionen gewesen. Seit Jahrzehnten hat der Einsatz der Kirche für die Rechte der Arbeiter, Bauern und Slumbewohner, Gewerkschaften und anderen volksnahen Organisationen beizutreten, dazu geführt, daß offizielle Stellen ihnen "subversive Aktivitäten" vorwarfen, da diese die Kirche verdächtigten, die FMLN zu unterstützen. Die Befreiungstheologie wird von den Streitkräften als "subversive Doktrin" gebrandmarkt, und diejenigen, die für eine kirchliche "bevorzugte Option für die Armen" eintreten, werden seit Jahren als Zielscheibe für Menschenrechtsverletzungen herausgesucht. Mitarbeiter und führende Persönlichkeiten der Kirchen, einschließlich des Erzbischofs Oscar Romero, waren unter den Hunderten, die während der Ausbreitungen der militärisch initiierten Aktivitäten der "Todesschwadronen" in den frühen achtziger Jahren ermordet wurden.

Nachdem die Kirche diese Übergriffe aktiv anprangerte, war sie Angriffen ausgesetzt. Die August/Septemberausgabe der Journals der UCA Estudios Centroamericanos beinhaltete einen Überblick über die Menschenrechtssituation seit der Machtübernahme der ARENA-Partei, die gegenwärtig die Regierung stellt. Der Autor, Vater Segundo Montes, Direktor des Menschenrechtsinstitutes der UCA, war einer der sechs Jesuiten, die am 16. November in der UCA ermordet wurden. Es hat häufig Versuche des Militärs gegeben, die Druckerpresse der UCA zu zerstören, das letzte Mal bei einem Bombenattentat im Juli. Die extreme Rechte beschuldigt den Jesuitenorden und die Universität seit mehr als einem Jahrzehnt, eine linksgerichtete subversive Ideologie zu fördern.

Das Folgende ist ein Bericht über einige der Menschenrechtsverletzungen, die in den letzten Wochen gegen Mitarbeiter von Kirchen gerichtet waren, und damit zusammenhängende Ereignisse.

Mutmaßliche extralegale Hinrichtungen

Ignacio ELLACURIA, Rektor der Universidad Centroamericana (UCA)
Segundo MONTES, Direktor des Menschenrechtsinstituts der UCA (IOHUCA)
Ignacio MARTÍN-BARÓ, Vizepräsident der UCA
Armando LOPEZ, früherer Rektor der UCA in Managua, Nicaragua
Juan Ramon MORENO PARDO, Professor an der UCA
Joaquín LOPEZ y LOPEZ, Professor an der UCA
Eiba RAMOS, Köchin an der UCA
Celia RAMOS (15), ihre Tochter

Am 18. November wurden sechs jesuitische Priester, ihre Köchin und deren Tochter auf dem Gelände der Universidad Centroamericana (UCA), der Zentralamerikanischen Universität in San Salvador, ermordet. Laut Zeugenaussagen drangen uniformierte Soldaten, die automatische Waffen trugen, gegen 1 Uhr morgens in das Wohnhaus der Priester auf dem Universitätsgelände ein. Den Aussagen zufolge verhörten die Soldaten die Priester, bevor sie sie in den Kopf schossen. Es wurde berichtet, daß das Wohnhaus der Jesuiten zwei Tage vor dem Mord von Soldaten durchsucht worden war, und das von der Armee kontrollierte Radio soll Anschuldigungen ausgestrahlt haben, mit denen mehrere der Priester bedroht wurden. Der tödliche Anschlag geschah während der nächtlichen Ausgangssperre, deren strikte Durchsetzung durch die Streitkräfte erzwungen wurde. Einheiten der Streitkräfte hatten das Universitätsgelände seit Beginn der FMLN-Offensive umstellt. In einem Brief, den Meldungen zufolge Armeeoffiziere am 30. November an die internationale Presse sandten, wurde der Direktor der Finanzpolizei beschuldigt, den Befehl zur Hinrichtung der Priester gegeben zu haben. Als der für die Ausführung der Morde verantwortliche Offizier wurde ein Oberst der Finanzpolizei genannt.

Präsident Cristiani hat erklärt, daß seine Regierung beabsichtige, den Mordfall zu untersuchen und gegen die Verantwortlichen ein Strafverfahren einzuleiten, selbst wenn sich herausstellen sollte, daß es sich dabei um Angehörige des Militärs handelt. In einem Telex an Präsident Cristiani vom 21. November hat Amnesty International die Regierung dringend aufgefordert, die Ergebnisse der Untersuchung zu veröffentlichen ebenso wie die Untersuchungsmethoden, die zu diesen Ergebnissen führten, und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen. Der Richter, der für diese Untersuchung ernannt wurde, ist Ricardo A. Zamora. Er ist Mitglied der außerordentlichen Regierungskommission, die eingerichtet wurde, um den Mord an Erzbischof Romero im März 1980 zu untersuchen. Trotz zahlreicher Beweise, die Angehörige des Militärs in Zusammenhang mit dem Attentat bringen, ist der Fall bis heute ungelöst geblieben.

Gegenwärtig inhaftierte kirchliche Mitarbeiter

Juan Antonio "Berti" QUINONES, Ko-Direktor von CREDHO, Vize-Rektor der Episkopalen Kirche
Luis Gustavo LOPEZ, Leiter der Erziehungsabteilung der Episkopalen Kirche
José Eduardo SANCHEZ CASTILLO, Bauarbeiter
Rendifo CAMPOS BENAVIDES, Rechtsanwalt der CREDHO
Alba Antonio TOVAR FLORES, Gemeindepriester der Episkopalen Kirche
José Candelario AGUILAR ALVAREZ, Wartungsarbeiter der Episkopalen Kirche
José Horacio GUZMAN, Wartungsarbeiter
Julio César CASTRO RAMÍREZ, Gemeindefürsprecher
Luis SERRANO, Rektor der Episkopalen Kirche

Neun Mitglieder der Episkopalen Kirche von San Juan Evangelista wurden am 19. und 20. November während Razzien in der Kirche und in ihren Wohnungen von uniformierten Soldaten der Nationalgarde verhaftet. Alle arbeiten für die Asociación de Concientización para la Recuperación Espiritual y Económica del Hombre (CREDHO) der Vereinigung für die Bewußtmachung einer geistigen und wirtschaftlichen Erneuerung des Menschen, ein Sozialhilfeprogramm der Episkopalen Kirche. Sechs andere kirchliche Mitarbeiter, die mit ihnen verhaftet worden waren, wurden am 30. November wieder freigelassen.

Die neun werden der Komplizenschaft beim Bombenangriff der FMLA auf das gemeinsame Stabschef-Hauptquartier am 30. Oktober 1989 beschuldigt. Sie sind gemäß Artikel 470 des ergänzten Strafgesetzes angeklagt, terroristische Aktivitäten zu unterstützen und zu begünstigen, und befinden sich gegenwärtig im Mariona-Gefängnis, wo sie auf einen Prozeß warten. Die Zeitung El Mundo berichtete am 1. Dezember, daß der Fall möglicherweise vor einem Militärgericht angehört werden würde.

Kirchenquellen haben Berichte erhalten, nach denen viele der Verhafteten schlecht behandelt worden sind. Mindestens einer der kirchlichen Mitarbeiter, die am 20. November verhaftet worden sind, ist Berichten zufolge von der Nationalgarde gefoltert worden, um den Aufenthaltsort des Rektors, Pfarrer Luis Serrano, aufzudecken, der sich versteckt hielt. Luis Serrano wurde später am selben Tag verhaftet und im Gefängnis Troncal del Norte festgehalten, wo er angeblich geschlagen wurde und keine Besuche erhalten durfte.

Amnesty International ist besorgt, daß die Beweise gegen die kirchlichen Mitarbeiter auf Geständnissen basieren, die unter Zwang gemacht wurden. In einer für die Autoritäten typischen Weise, die Medien zu nutzen, um die Fälle von Verhafteten im Voraus zu verurteilen, hat das von der Armee kontrollierte Radio Cuscatlan am 1. Dezember berichtet, daß Luis Serrano gestanden hat, daß zwei Lastwagen, die beim Angriff vom 30. Oktober benutzt worden waren, an der Kirche mit Sprengstoff beladen worden waren. In der Sendung wurde auch behauptet, daß CREDHO von einer "Frontgruppe" für die Rebellen (organismo de fachada) finanziert werde, die Unterstützung von "sogenannten Solidaritätskirchen" in Europa, den USA und Australien erhalte.

Es wird angenommen, daß der Angriff auf das gemeinsame Stabschef-Hauptquartier am 30. Oktober, bei dem ein Zivilist getötet wurde, die Bombardierung des Büros der Federación Nacional Sindical de Trabajadores Salvadoreños (FENASTRAS), des Nationalen Gewerkschaftsbundes der salvadorianischen Arbeiter, am folgenden Tag

veranlaßt hat. Trotz Zusicherungen von Präsident Cristiani, daß eine Untersuchung über den Angriff, der zehn Tote und mindestens 30 Verwundete zur Folge hatte, stattfinden würde, hat die Regierung die Verantwortlichen nicht gefunden und vor Gericht gestellt. Der Fall bleibt weiterhin ungelöst.

Estela CRUZ BUSTAMANTE, Direktorin des Kindergartens in Colonia 22
José SANTANA LOPEZ, Katechist
Santiago de Jesús VASQUEZ, Chorleiter in Colonia 22

Die oben genannten sind kirchliche Mitarbeiter beim Colonia 22 Flüchtlingsprojekt. Sie wurden am 20. November in Ciudad Guedisa, San Salvador, während einer Razzia in der Gemeindekirche durch die Finanzpolizei festgenommen. Es wird angenommen, daß sie im Hauptquartier der Finanzpolizei festgehalten wurden, wo ihnen der Zugang zu Familie und Rechtsberatung verweigert wird. Ein spanisch-dominikanischer Priester, der mit ihnen verhaftet wurde, wurde unter der Bedingung freigelassen, daß er das Land verläßt. Soweit Amnesty International bekannt ist, ist keine Anklage erfolgt. Estela Cruz hatte in den vorangegangenen Wochen mehrere Todesdrohungen erhalten.

Kurzzeitverhaftung und Deportation von ausländischen kirchlichen Mitarbeitern

Jennifer CASOLO

Jennifer Casolo, eine Vertreterin des US-gestützten Christlichen Erziehungsseminars in El Salvador, wurde am 25. November verhaftet, nachdem die Polizei angeblich Sprengkörper und Maschinengewehrmunition in ihrem Haus in San Salvador vergraben fand. Sie wurde 18 Tage lang im Ilopango Gefängnis festgehalten, angeklagt terroristischer Handlungen, subversiver Bündnisse und des Besitzes von Schußwaffen. Bei einer vorgeordneten Anhörung stritt sie die Anklagen ab. Sie wurde am 13. Dezember freigelassen und in die Vereinigten Staaten deportiert. Präsident Cristiani teilte auf einer Pressekonferenz mit, daß der vorsitzende Militärrichter entschieden hätte, daß die Beweise ungenügend seien, um Jennifer Casolo in Gefängnis zu behalten. Trotzdem fügte er hinzu, daß der Richter weiterhin Beweise sammeln würde und daß El Salvador ihre Auslieferung verlangen könne, wenn ausreichende Beweise für ihre Verbindung mit der FMLN auftauchen würden. Kirchenquellen glauben, daß die Beweise möglicherweise von den Autoritäten hergestellt worden sind, um Verbindungen zwischen der Kirche und der FMLN zu "beweisen" und die Verhaftung und Deportation von ausländischen kirchlichen Mitarbeitern zu rechtfertigen.

Zahlreiche andere ausländische kirchliche Mitarbeiter wurden in Kurzzeithaft gehalten bevor sie deportiert wurden, oder sie wurden gewarnt, das Land zu verlassen. Zwölf lutheranische kirchliche Mitarbeiter aus Europa und den Vereinigten Staaten wurden einen Tag lang im Hauptquartier der Finanzpolizei festgehalten. Obwohl keine förmlichen Anklagen gegen sie erhoben wurden, wurden sie vom Direktor der Finanzpolizei öffentlich beschuldigt, mit der Guerilla zusammenzuarbeiten. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß Land zu verlassen. Einige der Verhafteten berichteten, in der Haft bedrückt und geschlagen worden zu sein.

Die Finanzpolizei hielt am 20. November auch sechs internationale Mitarbeiter in der Episkopalkirche fest. Die Nationalgarde, die die Verhaftungen durchführte, hat Berichten zufolge als Grund für die Verhaftungen angegeben, daß ausländische Mitarbeiter angegriffen werden könnten (podian estar atentados) und daß Sorgen

um ihre Sicherheit bestünden. Kirchenquellen zufolge wurden sie gezwungen, ein Dokument zu unterschreiben, das besagte, daß sie verdächtigt worden waren, mit straffälligen Terroristen zusammenzuarbeiten, aber das kein Beweis gefunden worden wäre. Sie wurden später am gleichen Tag unter der Bedingung entlassen, daß sie das Land verlassen.

Vater Miguel Andueza, ein dominikanischer Priester aus Spanien, wurde am 20. November in Santa Ana von uniformierten Männern verhaftet. Er wurde in zwei Haftzentren 30 Stunden lang festgehalten und nach einer Intervention der spanischen Botschaft freigelassen.

Amnesty International untersucht weitere Berichte über Verhaftungen von salvadorianischen kirchlichen Mitarbeitern und an Hilfsprojekten beteiligten ausländischen Mitarbeitern in verschiedenen Teilen des Landes.

Todesdrohungen und Belästigungen

Seit der Ausnahmezustand verhängt wurde, haben prominente Kirchenführer fortlaufend Todesdrohungen erhalten. Die Residenz von Erzbischof Rivera y Damas hat Berichten zufolge einen Anruf erhalten, in dem jemand sagte, "sag diesen Priestern, daß wir sie jagen". Am Tag nachdem die Jesuitenpriester in der UCA getötet worden waren behauptete der Erzbischof, Stimmen über einen Lautsprecher im Hauptquartier der Ersten Infanteriebrigade gehört zu haben, die sich mit den Mönchen brüsteten und androhten "mehr Kommunisten" zu töten. Der Leiter der Lutheranischen Kirche, Bischof Medardo Gómez, ist nach einem Schwall von Todesdrohungen gegen ihn aus dem Land geflohen.

Ein Brief, der am 19. November vom salvadorianischen Generalstaatsanwalt, Mauricio Colorado an den Vatikan gesandt wurde und in dem Papst Johannes Paul gedrängt wurde, "progressive" katholische Bischöfe aus El Salvador zurückzuziehen, ist als codierte Todesdrohung gegen religiöse Führer interpretiert worden. In dem Brief wird behauptet, daß die Autoritäten "um das Leben derjenigen Bischöfe fürchten, die darauf bestehen, die zweifelhafte Ideologie der Kirche der Armen aufrechtzuerhalten" (*sienten preocupación por las vidas de algunos obispos que persisten en mantener viva la dudosa ideología de la iglesia de los Pobres*).

Sechs Mitglieder der Gemeindekirche von Tecatepeque wurden in einem Flugblatt genannt, das am 23. November in der Stadt verteilt wurde und sie anklagt, Kommunisten und Feinde des Volkes zu sein. Das Flugblatt ist unterzeichnet vom "Ständigen Komitee der Nationalen Rettung" (*Comite Permanente de Salvación Nacional*). Es zeigt einen Priester, der mit einem Gewehr ein Dorf terrorisiert. Bewohner der Stadt haben behauptet, daß sie gesehen haben, wie uniformierte Soldaten das Flugblatt verteilten. Die sechs sind in der Gemeindearbeit der Kirche aktiv beschäftigt. Berichten zufolge ist die Kirche seit Anfang 1988 Belästigungen durch Bürgerwehr und Armeeeinheiten ausgesetzt.

Kirchenzentren, die Flüchtlinge und Vertriebene seit dem Konflikt aufgenommen haben, sind Angriffsziele gewesen, und viele ihrer Mitarbeiter haben Drohungen erhalten. Am 14. November umstellten Truppen die Kirche von Santa María Madre de los Pobres in Soyapango, wo ungefähr 100 Flüchtlinge Schutz gesucht hatten. Sie warnen, daß die Kirche bombardiert werde, wenn sie nicht evakuiert werden würde. Als der Gemeindepriester, Vater Daniel Sánchez, erklärte, daß das Gelände Eigentum der Erzdiözese sei, schob ein Soldat auf seine Füße. Am nächsten Tag wurde die

Kirche von Soldaten angegriffen. Sie warfen eine Granate auf das Dach und verletzten zwei Menschen. Die Gemeinde wurde später am Tag gezwungen ihre Flüchtlingsoperation einzustellen. Vater Daniel Sanchez wurde fünf Tage später von der Nationalgarde verhaftet.

Die Büro der Jesuitenregion in El Salvador haben Berichten zufolge Todesdrohungen erhalten. Das El Despertar-Flüchtlingszentrum in San Antonio, das von Jesuiten geleitet wird, wurde mehrfach von Truppen durchsucht und angegriffen. In den Gebieten von San Salvador und San Miguel, wo starke Kämpfe stattgefunden haben, sind mehrere Unbeteiligte, die in örtliche Kirchen flohen, vom Militär abtransportiert worden. Die Gebäude von zahlreichen Kirchen und humanitären Organisationen, die an der Flüchtlingsarbeit beteiligt sind, wurden durchsucht und geplündert.

Der Ausnahmezustand und die neue "Anti-Terroristen"-Gesetzgebung

Der Ausnahmezustand wurde am 12. November verhängt und am 8. Dezember für einen weiteren Monat erneuert. Er setzt bestimmte Verfassungsrechte und persönliche Freiheiten außer Kraft. Die Autoritäten haben Notstandsvoirmächten, Verhaftete 15 Tage lang in Verwaltungshaft festzuhalten bevor sie einem Gericht übergeben werden. Amnesty International hat den anwachsenden systematischen Gebrauch von Folter während der Verwaltungshaft in den vergangenen Monaten beobachtet und ist besorgt, daß die ausgedehnte Haftperiode, die der Ausnahmezustand erlaubt, weitere Mißhandlungen und Folterungen von Verhafteten fördert. Die Notstandsgesetzgebung erlaubt auch, daß Zivilisten unter bestimmten Umständen von einem Militärgerichthof verurteilt werden können. Salvadorianischen Menschenrechtsorganisationen zufolge sind solche Fälle bisher nicht aufgetreten.

Die Nationalversammlung hat auch eine Gesetzgebung gebilligt, die das Strafgesetz ergänzt. Diese Gesetzgebung gibt der Regierung allgemeine Gewalt, bei abweichenden Meinungsäußerungen hart durchzugreifen, indem sie "Propaganda, die die öffentliche Ordnung untergräbt" für ungesetzlich erklärt und das Recht auf friedlichen Protest stark einschränkt. Das Gesetz bestraft auch die Förderung von Aktivitäten oder Erklärungen "in denen andere Staaten oder Organisationen aufgefordert werden, sich in die internen Angelegenheiten von El Salvador einzumischen" mit Haft zwischen fünf und zehn Jahren. Amnesty International fürchtet, daß die Gesetzgebung zur Verhaftung von Gewissensgefangenen führt und es für Kirchen und lokale Menschenrechtsgruppen zunehmend schwieriger macht, über Menschenrechtsverletzungen zu berichten.